

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Bremer Landwirtschaft fördern statt behindern

Die Rahmenbedingungen für Landwirte sind im Stadtstaat Bremen nicht einfach: die große Flächenknappheit und die hohen Naturschutzbestimmungen erschweren die Bewirtschaftung stark. Die Existenzsicherung der Betriebe für weiterführende Generationen ist daher oft extrem schwierig. Hinzu kommt der Druck auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Bremen, denn in den niedersächsischen Nachbargemeinden werden aufgrund der zahlreichen Biogasanlagen höhere Pacht- und Kaufpreise als in Bremen bezahlt. Die Situation für die Bremer Landwirte ist daher bereits heute sehr angespannt.

Das Bremische Naturschutzgesetz besagt, dass Bremen ein Landschaftsprogramm aufstellen muss. Die erklärten Ziele sind dabei Ressourcen zu schonen, die biologische Vielfalt zu erhalten und gleichzeitig einen funktionsfähigen Naturhaushalt zu gewährleisten, der die Pflege und Entwicklung des Bremer Feuchtgrünlandrings in Kooperation mit der Landwirtschaft sicherstellt. Diese Ziele bergen allerdings Konfliktpotentiale, die zwingend im Vorfeld zur Neuaufstellung des Landschaftsprogramms gelöst werden müssen. Nicht zu akzeptieren ist, dass der Entwurf des Landschaftsprogramms Maßnahmen vorsieht, die die Landwirte in Bremen in ihrer Existenz mittelfristig gefährden. Beispielsweise sollen zahlreiche landwirtschaftliche Kulturflächen z. B. in Oberneuland, Borgfeld oder Rehum nahezu vollständig aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen oder stark eingeschränkt werden. Diese Planung gefährdet die zukünftige Entwicklung der heimischen Landwirtschaft sowohl bei konventionell als auch bei biologisch wirtschaftenden Betrieben und muss unbedingt abgewendet werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine landwirtschaftliche Betroffenheitsanalyse zu erstellen, die die einzelbetriebliche Situation der Landwirtschaft darstellt, die Konflikte aufgrund von Nutzungskonkurrenzen durch die geplanten Maßnahmen im Zuge des Landschaftsprogramms aufzeigt und Handlungsempfehlungen zur integrierten Umsetzung der Belange des Naturschutzes sowie der Landwirtschaft entwickelt und diese dann in das Landschaftsprogramm einfließen lässt.

Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU